

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Zeitzeilen, außerhalb der Hauptmannschaft: 20 Pf. im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelzeilen und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 97

Mittwoch den 26. April 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Sächsische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft betr.

Das Verzeichnis der zur Sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gehörenden Betriebsunternehmer in der Stadt Dippoldiswalde liegt mit der Heberolle vom 26. April d. J. ab im Rathaus, II. Obergesch., Versicherungsamt, zwei Wochen lang zur Einsicht für die Beteiligten aus, damit dieselben in der Lage sind, die auf das Jahr 1921 vorgenommene Beitragsberechnung zu prüfen.

Wir bringen dieses hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß die Einhebung der Beiträge in den nächsten Tagen von hier aus erfolgen wird.

Einsprüche der Unternehmer gegen die Beitragsberechnung sind binnen einer weiteren, am 10. Mai d. J. beginnenden Frist von zwei Wochen direkt an den Genossenschaftsvorstand (Geschäftsstelle Dresden-N., Wiener Platz 1, I., Eingang A) zu richten. Der ausgeworfene Betrag ist jedoch ungeachtet des Einspruchs in voller Summe zu zahlen.

Die Veranlagung und die Abschätzung können nicht angefochten werden, wenn sie bereits auf Grund von § 12 Abs. 3 und 4 oder § 13 Abs. 1 und 2 des Landesgesetzes angefochten werden konnten (§ 14 Abs. 6 des Landesgesetzes vom 4. 12. 1912).

Dippoldiswalde, am 22. April 1922. Der Stadtrat

Verträge und Sächsisches

Dippoldiswalde. Das Reichsrentengesetz wirkt seine Schatten voraus. Allorts verhandelt man gegenwärtig über die sogenannte „Grundmiete“, die auf der Friedensmiete basiert und die Grundlage für die zukünftige „gehehlige Miete“ bildet. Auch der hiesige Hausbesitzerverein beschäftigt sich damit. In verschiedenen Orten ist von den Hausbesitzern bereits am 1. April die gehehlige Miete beantragt worden in der Meinung, diese trete dann am 1. Juli in Wirkung. Nach einer juristischen Auslassung in der jüngsten Nummer des Reichs-Arbeitsblatts ist das ein Irrtum. Das Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft und deshalb könne frühestens an diesem Tage die gehehlige Miete beantragt werden. Sie tritt dann bei der hier wohl allgemein üblichen vierteljährlichen Mietzahlung am 1. Oktober in Kraft. Der Antrag kann sowohl vom Mieter, wie vom Hauswirt gestellt werden. Es muß schriftlich geschehen. Dem Antrag ist ohne weiteres stattzugeben. Wird kein Antrag gestellt, bleibt bei freier Vereinbarung, bei der „vertraglichen Miete“. Die Landesregierungen können das Gesetz auch zu einem früheren Termin in Kraft setzen. Aus technischen Gründen wird das aber kaum möglich sein, da vorher die Grundmiete und die Zuschläge für den Hausbetrieb (Steuern, Abgaben usw.) in d. für die Instandhaltung erit feststellen müssen. Das Gesetz bringt dem Hausbesitzer zwar keinen Gewinn, gibt aber wenigstens die Mittel zur Beseitigung der notwendigen Reparaturen. Die Furcht vor dem gänzlichen Verfall der Wohnhäuser besonders in den Großstädten — zweifellos mit einer Folge der unglücklichen Wohnungspolitik der letzten Jahre — ist wohl einer der Hauptgründe für das ganze Gesetz gewesen.

Der Verkehr auf dem Jahrmarkt war auch gestern sehr reger; ob auch das Geschäft, sei dahin gestellt. Bestimmt aber sah der Marktplatz ungesund aus durch das viele umherliegende Papier. Das vom Sonntag war noch dabei. Unseres Wissens ist die Säuberung des Marktplatzes während des Jahrmarktes nach einem unter Bürgermeister Dr. Hornig gefassten Beschlusse der städtischen Kollegien Sache der Schützengesellschaft, die ja die Einnahmen hat. Freilich wäre die Sache einfacher, wenn jeder seine Papierabfälle einstecken würde. Aber leichter holt man den Mond herunter, als daß man die große Masse in dieser Hinsicht an Ordnung gewöhnt.

Am Jahrmartsmontag früh in der 4. Stunde ist in der Nähe der Fleischmehlfabrik auf der Reinholdshainer Straße von zwei Lehrlingen ein herrenloses Fahrrad gefunden worden. Am Fundorte war eine Wutlache zu sehen. Das Rad befindet sich in der Polizeiwache.

Am 1. Mai wird im Freistaat Sachsen der Postdienst, vor allem der Schalter- und Bestelldienst wie an Sonntagen verrichtet.

Die Vereinstage für Innere Mission, die großen Jahresversammlungen des Landesvereins für Innere Mission und ähnlicher Verbände des Landes finden in diesem Jahre in den Tagen vom 30. April bis 3. Mai in Dresden statt.

Auf der Hauptversammlung des Landesvereins steht die Frage der Jugendbewegung mit einem Vortrag vom Reichswort der Evangelischen Jungmännerbünde in Deutschland, Pfarrer Viz. Stange, Leipzig: „Unser evangelisches Jugendwerk innerhalb der Krisis der Gegenwart“. In der Abendversammlung wird über zwei Werke berichtet, die auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken können: Die Diakonienanstalt Moritzburg und das Rindergärtnerinnenseminar in Niederlöbnitz. Dazu kommt ein Vortrag vom Stadtmissionsinspektor Schnepel, Berlin, über: „Missionstrupp, Selbsterlebtes aus Stadt- und Landmission.“ Besondere Versammlungen halten ab: der Landesverband für die weibliche Jugend, der sächsische Rettungshausverband, der Landesprekverband, der Verein zur Hebung der Sittlichkeit, der Sächsische Hauptmissionsverein und die Missionskonferenz. Eingehende Pläne sind von der Geschäftsstelle des Landesvereins für Innere Mission, Dresden-N., Ferdinandstraße 19, unentgeltlich zu beziehen. Dort werden auch den auswärtigen Gästen nach Möglichkeit Freiwohnungen vermittelt.

Am 23. April hielt die Sattler-, Riemen- und Tapezierer-Zwangsgewerkschaft zu Dippoldiswalde ihr Quartal ab. Es fanden 2 Vorträge und 2 Aufnahmen von Lehrlingen statt. Die Gesellenliste waren sehr gut ausgefallen. Ein Arbeitspflichtsummt Zensur I und ein Rummelfischen Zensur Ib. Die Eingänge und Berichte kamen zu Gehör. Punkt III schloß sich eine Preisbesprechung der verschiedensten Sattlerarbeiten an, in der man wieder sehen konnte, daß die Kollegen noch besser kalkulieren müssen, um nicht sich zum Schaden zu arbeiten und den Kollegen auch nicht die Preise herunter zu drücken. Darum ist es ganz besonders notwendig, die Quartale vollständig zu besuchen um wenigstens annähernd gleiche Preise zu erzielen.

Die Wartburg ein Nationalheiligtum des Volkes. Am 20. April fand auf der Wartburg die erste (konstitutive) Sitzung der Wartburgstiftung statt. Als Vorsitzender wurde Oberbürgermeister Dr. Janion (Eisenach) gewählt. Die Übernahme der Wartburg in das Eigentum der Stiftung wurde vollzogen. Der gesamte Betrieb soll in der bisherigen Weise fortgeführt werden. Der Stiftungsausschuss hat es sich zur ersten Aufgabe gemacht, die Wartburg als Nationalheiligtum des Volkes zu erhalten und auch weiterhin den weitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Großhölz. Am 23. April rief der Turnverein „Frisch auf“ (D.L.) die Einwohner uneres Ortes zu einem Werbeaufturnen im Galtshofe Großhölz zusammen. Ein überreiches Programm wurde geboten, fast zuviel des Guten. Daß die Zuschauer alle 4 Stunden treu ausgehalten haben, ist das beste Zeichen, daß alle Übungen Anklang fanden. Der Nachwuchs des Vereins, Kinder und Jugendturner, leisteten in reigenartigen Freiübungen und am Gerät ganz Vorzügliches. Bei der erst 2 Monate alten Damenriege fehlte es zwar noch an guter Körperhaltung, aber bisher ist kein Meister vom Himmel gefallen. Die Leistungen der Mitglieder in den Kreisfreiübungen, am Barren, Reck und Pferd waren sehr gute, teilweise Gipfelleistungen; aber fast stets sah man nur die Vorturner. Hier sind die Reihenden durch den Krieg gelichtet. Wie viele der Heimkehrer haben den Mut nicht gefunden, wieder von neuem mit dem Turnen zu beginnen. Möge die große Arbeit des Turnwerts und seiner Vorturner den Erfolg haben, daß sich alle Riegen wieder füllen.

Kreischa. Zur großen Arme abberufen wurde wieder ein alter Veteran von 1866, der Damenschneidermeister Johann Schult heiß hier. Der Verstorbenen war lange Jahre Hauptmann der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, um die er sich große Verdienste erworben hat. Aus Dankbarkeit ernannte ihn die Wehr zum Ehrenhauptmann.

Welschhufe wollte von jeder über 17 Jahre alten selbständigen Person eine Steuer von wöchentlich 1,50 M. erheben. Der Ertrag sollte alten erwerbsunfähigen Personen zufließen, die von der gesetzlichen Sozialfürsorge nicht getroffen werden. Der Bezirksauschuss mußte die Genehmigung verweigern, da die Steuer jeder gesetzlichen Grundbesitzer vertragen, da die Steuer jeder gesetzlichen Grundbesitzer vertragen, da die Steuer jeder gesetzlichen Grundbesitzer vertragen.

Dresden. Das Wirtschaftsministerium hat sich an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewandt um Unterjagung der Berliner Butterauktionen und zwar wegen ihrer preistreibenden Wirkung. Ebenso haben sich Wirtschaftsministerium und Landes-Preisprüfungsstelle gegen die vom Milchwirtschaftlichen Landesverband festgesetzten neuen Milchpreise gewandt.

Dresden. Die Deutsche Lichtbildgesellschaft e. V., deren Dresdener Zweigstelle bekanntlich an der Herstellung des großartigen Stadtfilms Dresden arbeitet, hat in der Zeit ihres Bestehens vom Jahre 1916 bis heute 6 Millionen Meter deutscher Propagandafilme in der Welt verbreitet. Damit

hat sie eine ungeheure Werbearbeit für Deutschlands Kultur, Wirtschaft, Technik, Kunst und Wissenschaft im In- und Ausland geleistet. Diese 6 Mill. Meter Film entsprechen aneinander gereiht einer Länge von 6000 km d. h. etwa 40 × die Entfernung Dresden—Berlin oder 25 × die Entfernung Berlin—Hamburg oder 10 × die Entfernung Dresden—Danzig. Da jeder Meter Film 52 Einzelaufnahmen aufweist, enthalten die von der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft e. V. geschaffenen und verbreiteten 6 Mill. Meter deutscher Propagandafilme über 300 Mill. Einzelaufnahmen. Diese Werbearbeit stellt der deutschen Industrie und insbesondere der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft e. V. (Deulich Film) ein glänzendes Zeugnis für ihre Leistungsfähigkeit aus.

Wegen Beleidigung der sämtlichen Minister der Sächsischen Regierung wurde in einem größeren Termin am gestrigen Montag gegen den Schankwirt Zadrachsil vor dem Dresdener Schöffengericht verhandelt. Der Angeklagte bewirtschaftet in Dresden das Restaurant zur Kameradschaft. Am 6. November vergangenen Jahres war in seinem Lokale zur Mittagsstunde eine politische Bierischdebatte in Fluß gekommen, in deren Verlaufe soll Zadrachsil gesagt haben: „Die Minister, die hier in Sachsen in der Regierung sitzen, daß sind alles große Lumpen!“ Zu jenem Zeitpunkt wollte auch der bereits schon öfter in der Presse genannte Justizamtman Löge als Gast im Lokal, der dem Wirt erst Vorkhalt tat, dann am nächsten Tage seine Vorgesetzten, Justizminister Dr. Zeigner, Anzeige erstattete. Die Folge war dann, daß die sämtlichen Minister, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Buch, Strafantrag stellten, bezw. denselben unterzeichneten. Der Angeklagte bestritt, daß er sich in dieser Form geäußert, die Angaben wurden aber von Löge erneut unter Eid vor Gericht wiederholt, so daß die Schuld vom Gericht als erwiesen angesehen werden konnte. Drei an jener Debatte beteiligte Gäste des Zadrachsil sagten aus, es seien derartige Worte nicht gefallen; die Zeugen blieben unvereidigt. Das Urteil lautete nach längerer Verhandlungsdauer auf 300 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung kam zum Ausdruck, daß man die Worte nicht als so bedeutungsvoll und schwerwiegend angesehen habe, wie es vielleicht den Anschein erwecken könnte.

Der Bezirksauschuss Dresden-Mittstadt beriet den Haushaltsplan. Mit Einschluß der Wohlfahrtspflege macht sich eine Bezirksumlage von nur 4,8 % des Steuer-Solls notwendig.

Bei der Verbands-Fortbildungsschule der westlichen Löbnitzgemeinden betragen nach dem neuen Haushaltsplan die Jahreskosten für einen Schüler bezw. eine Schülerin etwa 700 Mark.

Niederlöbnitz. Die Ragensteuer wurde auf 3 M. für die erste und 50 Mark für jede weitere Raga festgesetzt.

Pirna. Eine 300000 M.-Spende hat hier große Freude erregt. Der hochherzige Geber ist Wilhelm Kaufmann, der Chef der großen Textilfirma Kaufmann, die ihren Verwaltungssitz bis jetzt in Pirna hatte, nun aber nach Dresden übergesiedelt ist. 100000 M. verteilen sich an den Pirnaer Ruderverein, der 2500 M. zur Pflege des Sports erhielt, sowie an hiesige Schulanstalten, während 200000 M. zum Ausbau des Sportplatzes an der Reibbahnstraße bestimmt sind.

In Pirna ist ab 1. April ein Zuschlag von 125 % zur Friedensmiete zugelassen.

Reustadt (Sa.). Auf Vorschlag des Wohnungsausschusses beschloß der Stadtrat, zuziehende unverheiratete Personen bei der Anmeldung im Einwohnermeldeamt darauf hinzuweisen, daß sie unter 5 Jahren keine Aussicht haben, eine Wohnung hier zu erlangen, wenn die mangelhaften Wohnungsverhältnisse weiter andauern.

Baun. Im Steinbruche in der Nähe der ehemaligen Flughalle wurden am Freitagabend zwei Fliegerbomben zur Explosion gebracht. In dem nicht weit davon entfernten „Deutschen Haus“ sind mehrere Fensterheben infolge der Stärke der Detonation eingedrückt worden.

Zwönitz. Das Bethlehemsstift Zwönitz, das seit 1909 besteht und bisher ungefähr 2500 erholungsbedürftige und genesende Kinder während des Sommers verpflegt hat, wird jetzt wieder eröffnet und nimmt in der 1. Abteilung auch junge Mädchen und Frauen (mit oder ohne Kinder) auf.

Oberweischenthal. Die im benachbarten Neudorf wohnhaften Pascher, die am vorigen Juni einen tschechischen Grenzjäger todschlugen, wurden vom Chemiker Schwurgericht freigesprochen. Der Angriff auf die tschechischen Beamten sei erst durch deren höhnische Zurufe und ihre tätlichen Angriffe hin erfolgt.

Plauen i. V. Der 18jährige Kaufmannslehrling einer hiesigen Firma hat vor einiger Zeit in Gemeinschaft mit einem 20 Jahre alten Handlungsgehilfen 14 Rollen Draht

für elektrische Leitungen, insgesamt 1400 Meter, gestohlen und durch Vermittlung eines Dritten an einen Installateur für 3200 M. verkauft. Das daraus gelöste Geld wurde in leichtlebiger Gesellschaft verjubelt. Außerdem hat der Lehrling eine Anzahl Briefe, die er zu frankieren hatte, unterschlagen und das Geld für die Freimachung in seinem Nutzen verwendet.

Der Störenfried Europas.

Während alle Welt den Zwischenfall des deutsch-russischen Vertrages nach den letzten Erklärungen Lloyd Georges für beigelegt hielt und die Wogen der Erregung durch die letzte, mit Lloyd George und Facta vereinbarte deutsche Note geglättet zu sein schienen, hat Frankreich, dessen heimlicher Wunsch dahin geht, durch andauernden scharfen Notenwechsel über Dinge, die mit dem eigentlichen Thema nur in losem Zusammenhang stehen, neue Konflikte zu schaffen und die Konferenz doch noch zum Scheitern zu bringen, den Zwischenfall von neuem aufgerollt und die durch die tagelangen Differenzen ohnehin schon stark gespannte Lage in Genua abermals verschärft.

Auf direktem Geheiß seines Pariser Auftraggebers hat der Führer der französischen Abordnung Barthou dem Vorsitzenden der Konferenz de Facta ein Protokoll überreicht, das jeden Akt des internationalen Verkehrs, wie er sonst üblich ist, vermissen läßt und eine einzige mutwillige Beleidigung darstellt, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Barthou bezeichnet die Darlegungen des deutschen Reichsfanzlers als „lügenhaft“ und fordert, daß die Delegierten der Großen und der Kleinen Entente sofort zu einer Besprechung über die Angelegenheit zusammenberufen werden. Sofort nach Bekanntwerden dieses Schreibens, das offenbar keinen anderen Zweck hatte, als die deutsche Delegation durch eine bewußte Kränkung herauszufordern und möglichst einen Konflikt herbeizuführen, der geeignet sein könnte, die ganze Konferenz aufzulösen zu lassen, erhob der Reichsfanzler in einem Schreiben an den Präsidenten der Konferenz, entscheidenden Einspruch „gegen die beleidigende Anschuldigung, durch die der Geist von Genua am schwersten verletzt werde.“

Inzwischen fand die Zusammenkunft der neun Mächte, die Barthou gefordert hatte, statt. Nach längerem Zögern gab Lloyd George wieder einmal dem Drängen der Franzosen nach und stimmte der Ableitung eines zweiten Schreibens zu, das dann am Sonntag der deutschen Delegation übergeben worden ist. — In dem Briefe wird die Behauptung, daß die deutsche Delegation die Entente den Zwang, unter dem sie stand, als sie den russisch-deutschen Vertrag unterschrieb, habe erkennen lassen, zurückgewiesen, und auch die Gefahr, die sie in den besonderen Verhandlungen der Entente zu erkennen glaubte, geleugnet. Die keineswegs überzeugende Note behält den Entente-Regierungen das Recht vor, die Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages, die als den bestehenden Verhältnissen widersprechend erkannt werden sollten, als null und nichtig zu erklären. Schließlich wird erklärt, daß der Zwischenfall jetzt als abgeschlossen betrachtet werden müsse. Die deutsche Delegation hat es für angebracht gehalten, von einer Fortsetzung der Diskussion abzusehen, in der Ueberzeugung, daß das nur Wasser auf die Mühle derjenigen Delegationen wäre, die darauf ausgehen, die Konferenz zu einem Kampflager politischer Auseinandersetzungen zu machen, anstatt sie zu positiver Arbeit kommen zu lassen. Der Störenfried Frankreich wird schon für neue Zwischenfälle sorgen.

Ob die Konferenz überhaupt noch positive Arbeit leisten wird? Man ist nur allzu sehr geneigt, diese Frage zu verneinen. Denn neuerdings erstreckt sich die französische Obstruktion auch auf die russische Frage, die im Mittelpunkt der Konferenzverhandlungen stehen soll, aber bis heute kaum erörtert werden ist. Bisher beschränkte sich die Arbeit der russischen Kommission auf den Austausch von Denkschriften und Notizen, zu sachlichen Ergebnissen ist man bis jetzt nicht gekommen. Jetzt haben sich die Franzosen sogar gänzlich aus dem Sachverständigenausschuß der Unterkommission für russische Angelegenheiten zurückgezogen, angeblich weil die russische Denkschrift den Kammerbeschluß widerspreche. So wird von Tag zu Tag ein neuer Zwischenfall konstruiert. Kein Wunder, wenn Lloyd George, der an dem Gelingen der Konferenz aus innerpolitischen Gründen — in England stehen die Neuwahlen bevor — sehr stark interessiert ist, in der letzten gemeinsamen Beratung der Großen und der Kleinen Entente sich zu der Drohung hinreißen ließ, die englische Regierung würde, wenn das Zusammenarbeiten mit den bisherigen Verbündeten durch das Verhalten einzelner Mächte erschwert oder gar unmöglich gemacht werden sollte, in eine Erwägung darüber eintreten, ob es sich nicht empfehle, sich anders zu orientieren und den Kurs der englischen Politik zu ändern.

Die Entente „berichtigt“.

Eine zweite Note an Deutschland.

Auf Verlangen Frankreichs haben die neun Mächte der Großen und der Kleinen Entente eine neue Note an die deutsche Delegation gerichtet, durch die der durch den deutsch-russischen Vertragsabschluss geschaffene Zwischenfall als abgeschlossen gelten kann.

Die unterzeichneten Mächte stellen zunächst mit Befriedigung fest, daß die deutsche Delegation dem Umstand Rechnung trage, daß der Abschluß eines Sondervertrages mit Rußland, dessen Gegenstand zu den Aufgaben der Konferenz gehöre, es wünschenswert erscheinen lasse, daß die Delegation nicht fernherin an der Diskussion über die Einzelheiten eines Abkommens zwischen Rußland und den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern teilnehme.

Die Note betont dann, daß die Alliierten eigentlich lieber von einer Fortsetzung des Schriftwechsels über diese Angelegenheit abgesehen hätten, doch enthält die deutsche Antwort einige Behauptungen, zu deren „Richtigstellung“ sie sich verpflichtet fühlen. Wörtlich heißt es dann in der Note:

„Nach Ihrem Schreiben hat sich die deutsche Delegation zum Abschluß eines Sonderabkommens mit Rußland gezwungen gesehen, weil Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte die Prüfung großer Schwierigkeiten abgelehnt hätten, welche die von Ihren Sachverständigen in London aufgestellten Vorschläge für Deutschland geschaffen hätten. Die unterzeichneten Vertreter der einladenden Mächte haben bei den Mitgliedern ihrer Delegationen Nachforschungen angestellt und haben festgestellt, daß nicht der Schatten eines Beweises für diese Behauptung vorliegt.“

Die Mitglieder der deutschen Delegation haben sich zu wiederholten Malen mit Mitgliedern der Delegationen der einladenden Mächte getroffen und unterhalten. Sie haben jedoch niemals zu verstehen gegeben, daß die von den Vorschlägen keine geeignete Basis für die Konferenzberatungen seien und daß die deutsche Delegation im Begriff stehe, mit Rußland einen Sondervertrag abzuschließen. Die Behauptung, daß die offiziellen Beratungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden die Delegation der Gefahr ausgesetzt hätten, sich einem für Deutschland unannehmbaren und von der Mehrheit der Mitglieder der Kommission bereits gebilligten Entwurf gegenüberzusetzen, ist gleichfalls unbegründet. (?)

Ein Irrtum über die Tragweite der Sachverständigen-vorschläge oder eine falsche Auslegung der offiziellen Unterhaltungen mit den Russen hätte wohl das Verlangen nach einer eingehenden Erörterung mit den Kommissionen der Konferenz rechtfertigen können. Dagegen können sie in keiner Weise das verfolgte Verfahren rechtfertigen, und die Unterzeichneten können nur behaupten, daß Ihre Note den Versuch macht, auf diese Weise die Verantwortung für ein Versagen, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Geiste lokaler Zusammenarbeit so sehr im Widerspruch steht, anderen Mächten zuzuschreiben.

Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend gefunden werden.

Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden.“

Die Alliierten verharren also auf ihrem Standpunkt, daß keinerlei Voraussetzungen vorhanden gewesen seien, die den plötzlichen Abschluß des deutsch-russischen Vertrages rechtfertigen könnten. Demgegenüber steht aber als unumstößliche Tatsache fest, — und das gibt die Note der Alliierten auch zu, — daß Besprechungen zwischen Mitgliedern der deutschen Delegation und Mitgliedern anderer Delegationen über die Verhandlungen mit Rußland stattgefunden haben, zu denen Deutschland nicht hinzugezogen wurde. Der Einwand, daß Deutschland in den Kommissionen die Möglichkeit der Diskussion gehabt hätte, ist mehr als naiv. Wenn es, was nach zuverlässigen Nachrichten zu befechten war, zwischen der Entente und den Russen zu einer Einigung auf unsere Kosten gekommen wäre, so hätte Deutschland sich hinterher in der Kommission totden können, ohne daß es etwas genügt hätte.

Was den Vorbehalt der Alliierten betrifft, so steht nach dem übereinstimmenden Urteil der deutschen sowie der englischen und italienischen Rechtsfachverständigen einwandfrei fest, daß der Vertrag von Rapallo mit dem Friedensvertrag von Versailles nicht im Widerspruch steht. Der in der Note enthaltene Vorbehalt dürfte sich daher als ein rein formaler darstellen.

Nach dieser endgültigen Note stellt sich der Sachverhalt also dahin dar, daß der deutsch-russische Vertrag in voller Wirksamkeit aufrechterhalten bleiben solle, daß die deutsche Delegation in der Weise an Beratungen über russische Angelegenheiten teilnimmt, wie sie in unserer Antwort auf die erste Note der einladenden Mächte umschrieben ist, und daß die bisher angerufenen Rechtsstellen einen Widerspruch zwischen den Verträgen von Rapallo und Versailles nicht haben feststellen können.

Von einer Beantwortung der Note wird die deutsche Delegation absehen, um auch ihrerseits alles zu vermeiden, was die Konferenz von ihren eigentlichen Arbeiten ablenken könnte.

Amerika und Deutschland.

Der amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sind nach jahrelanger Unterbrechung nunmehr wieder aufgenommen worden. Der Reichspräsident hat den neuernannten Botschafter von Amerika, Allanston W. Houghton, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dieser Gelegenheit wurden herzliche Ansprachen gewechselt.

Der Botschafter sagte, nachdem er seiner Freude über seine Berufung Ausdruck gegeben hatte:

„Auf Grund meiner Anweisungen bin ich berufen, den freundschaftlichen Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sowie die Wiederherstellung und den Fluge des Vertrauens zu fördern, das zwischen beiden Ländern bestehen sollte. Es bereitet mir aber außerdem eine besondere Freude, Euer Erzeugnis zum Ausdruck zu bringen, daß die Ausprägung dieser Beziehungen meinen persönlichen Wünschen entspricht und daß ich mich in jeder Weise persönlich bemühen werde, ein aufrichtiges wechselseitiges Einverständnis zwischen Euer Erzeugnis Land und dem meinigen herbeizuführen.“

Der Reichspräsident dankte dem Botschafter für seine freundlichen Worte und fuhr dann fort:

„Sie können überzeugt sein, daß Ihre Bemühungen freundschaftlichen Widerhall nicht nur bei allen amtlichen Stellen, sondern im ganzen Deutschland finden und Sie hier dem aufrichtigen Wunsch jedes einzelnen begegnen werden, daß die engen geistigen und wirtschaftlichen Bande, die ununterbrochen über ein Jahrhundert zwischen den beiden Ländern bestanden haben, erneut und befestigt werden. Im Namen des Deutschen Reiches heiße ich Sie, Herr Botschafter, herzlich willkommen.“

Hieran schloß sich eine längere Unterhaltung an, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten auch die übrigen Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedefeld, wird sich nächste Woche nach New York einschiffen und in den ersten Waiatagen seinen Posten antreten. Er hatte in Berlin noch Gelegenheit, den amerikanischen Botschafter Houghton zu sprechen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 25. April 1922.

— Eine amtliche Mitteilung der Reparationskommission stellt fest, daß die deutsche Regierung die erste der monatlichen Zahlungen in Höhe von 18 Millionen Goldmark nach dem neuen Zahlungsplan geleistet hat, ohne bisher die an die Gewährung des Zahlungsausschubes geknüpften Bedingungen angenommen zu haben.

— Im Auswärtigen Amt wurde ein deutsch-russisches Abkommen unterzeichnet, welches die Regelung dringender wirtschaftlicher Fragen betrifft.

— Der Reichstag wird am 2. Mai seine Arbeiten mit der zweiten Lesung des Haushaltsplanes wieder aufnehmen.

— Das Märchen vom dem deutsch-russischen Wirtschaftsvertrage geht durch die gesamte französische Presse immer wieder das sinnlose Gerücht von einer deutsch-russischen Militärabmachung, die zwischen Deutschland und Rußland getroffen worden sein soll. Die wichtigste Bestimmung des Vertrages sollte darin bestehen, daß Deutschland die Erlaubnis erhalten habe, in Rußland eine Reihe von Militärfabriken zu errichten und die Herstellung von Kriegsgerät dort zu betreiben. Um eine weitere Vergiftung der politischen Atmosphäre zu verhüten, hat die deutsche Botschaft ein Schreiben an die Pariser Presse gerichtet, worin sie in kategorischer Form das Gerücht demontiert, wonach eine deutsche Militärabmachung mit Rußland abgeschlossen sein soll. Zwischen Deutschland und Rußland bestehe keinerlei Militärvertrag, noch sei darüber verhandelt worden. Der Wortlaut eines angeblichen Abkommens, wie es von englischen Zeitungen veröffentlicht worden sei, sei ebenso eine Fälschung und von Anfang bis zu Ende erfunden, wie die als Stütze der Beweisführung wiedergegebenen Schriftstücke.

— Die Anhebung der Preise in Oberschlesien. Das Erscheinen der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ ist von der Interalliierten Kommission bis auf weiteres verboten worden. Weiterhin ist die Einfuhr des „Berliner Tageblattes“, des „Lokal-Anzeigers“, der „Breslauer Morgenzeitung“, der „Breslauer Zeitung“ und des „Simplizissimus“ nach Oberschlesien von derselben Behörde untersagt worden.

— Die Beisehung des Abg. Hue. Unter außerordentlich großer Beteiligung der Bevölkerung wurde der Bergarbeiterführer Otto Hue zur letzten Ruhe bestattet. Im Trauergelände befanden sich Vertreter der Reichsregierung, der preussischen Regierung, der anderen staatlichen und städtischen Behörden und der Gewerkschaften des In- und Auslandes. Staatssekretär a. D. Grzesinski als Vertreter der Reichsregierung sprach den letzten Dank der Regierung aus und würdigte die Verdienste des Verstorbenen nicht nur um die Bergarbeiter, sondern um das ganze deutsche Volk.

— Das Scheinparlament im Saargebiet. Die zahlreichen Protestkundgebungen sämtlicher politischen Parteien im Saargebiet gegen das geplante Scheinparlament scheinen auf die Regierungskommission keinerlei Eindruck gemacht zu haben. Sie besteht nach wie vor auf der Einrichtung des Landesrates und des Studienausschusses und erklärt in einer Mitteilung an die Presse, ihre Verordnung könne nicht geändert werden, ohne die Bestimmungen des Friedensvertrages zu verletzen, und sie werde nicht geändert werden, was auch versucht werden sollte, um einen Trud auszuüben. Der Völkerrundrat habe die Verordnung einstimmig genehmigt. — Trotz dieser diktorischen Entscheidung werden die Saarländer in ihrem Kampfe gegen die autokratische Saarregierung und ihre selbstherrlichen, den Interessen des Landes direkt widersprechenden Maßnahmen nicht ermüden.

— Die Deutschnationalen und der Obervertrag. In einer deutschnationalen Versammlung in Braunschweig kam der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Abg. Hergt auch auf Genua zu sprechen und erklärte, es sei nach seiner Meinung ein taktischer Fehler gewesen, daß das am Ostermontag unterzeichnete Abkommen mit Rußland gerade jetzt bekannt gegeben worden sei. Er sei der Meinung, daß das Abkommen ruhig geheim gehalten werden sollte bis nach Genua. Er erklärte dann weiter, wenn es wegen des russischen Vertrages mit der Entente zum Konflikt kommen sollte, so werde sich die deutschnationale Volkspartei unbedingt hinter die Regierung stellen, denn es handle sich um das Recht Deutschlands, das unter allen Umständen verteidigt werden müsse. Dann sagte er: Sollte Polnarcé sich an die Botschafterkonferenz wenden und die Reparationskommission gegen uns mobil zu machen versuchen, so kann es nur eins geben: zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter! Weiter gehen wir von Genua nach Hause und bleiben als Deutsche für uns, für uns mit unserem Recht und unserer Ehre.“

— Die Bedeutung Preußens für das Reich. Der „Hannoversche Kurier“, das führende Blatt der Provinz Hannover, beginnt eine Reihe von Veröffentlichungen, die bestimmt sein sollen, Preußen in seiner geschichtlichen Aufgabe als Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Weltbedeutung in Vergangenheit und Zukunft gerecht zu werden. Das Blatt bringt Aufzeichnungen verschiedener hervorragender Persönlichkeiten über die hohe Bedeutung Preußens für das Reich, „um einen Stamm aufzurichten gegen die jedes Maß überschreitende Kampfweise der Deutsch-Hannoverschen Partei“. So schreibt Generalfeldmarschall von Hindenburg:

„Preußen ist das Rückgrat Deutschlands; das lehrt die Geschichte einwandfrei. Wer die letzte schwere Zeit dazu benutzen will, Preußen zur Genugtuung unserer Feinde zu schwächen oder gar zu zerschmettern, vergeßt sich daher am gesamten deutschen Vaterlande. Brudermord, Einmischung des Auslandes und völliger Zusammenbruch würden die Folge sein. Gott bewahre uns davor!“

Wähnlich äußert sich Ludendorff. Graf Padowatz stellt die Gegenfrage: „Was wäre uns ein neuer Kleinstaat Hannover?“ — und antwortet: „Neben ein Tuzend Einzelregierungen und Parlamente schafft bereits eine schätzbare Ueberregierung und wirkt politisch und finanziell zermürbend.“ Weiter äußern sich u. a. Freiherr v. Ledern, Großadmiral v. Tirpitz, Admiral Scheer, Radenken, v. d. Golz, Friedrich Uenhard, Kultusminister Voelky, Rudolf

Sächsisches

Stellung von Steuerbeträgen. Der Reichsfinanzminister hat die einzelnen Finanzämter ermächtigt, größeren Arbeitgebern, die genügende Sicherheit bieten, auf Antrag ausnahmsweise und widerruflich zu gestatten, statt bis zum 10. des auf die Lohnzahlung folgenden Monats erst bis zum 20. des ersten auf jedes Kalendervierteljahr folgenden Monats, jedoch spätestens beim Ausscheiden des Arbeiters aus dem Arbeitsverhältnis die für die einbehaltenen Steuerabzüge zu verwendenden Steuermarken in die Einlagebogen der Steuerbilcher einzukleben und zu entwerfen sowie die vorgeschriebenen Eintragungen in die Einlagebogen vorzunehmen.

Hartgeld im Mai. Das neue Hartmetallgeld wird zurzeit von den Münzen ausgeprägt und soll im Mai in den Verkehr gebracht werden. Ausgeprägt werden 1-, 2-, 3- und 5-Mark-Stücke.

Neue 2-Mark-Scheine. Der Darlehnskassenschein zu 2 Mark vom 1. März 1920 hat aus Zweckmäßigkeitsgründen andere Farben erhalten. Auf der Vorderseite erscheint der Textdruck in lebhaftem Rot und der Schutzdruck bläulich-rosa; der Kontrollstempel im linken Feld und die Nummer sind in brauner Farbe gedruckt. Der bis zum Beschnitt reichende Unterdruck aus Vintentwert ist unverändert graubraun geblieben. Auf der Rückseite ist der aus kleinen Wertziffern zusammengesetzte und bis zum Beschnitt reichende Schutzdruck jetzt bläulich-rosa ausgeführt. Der Unterdruck bleibt wie bisher graubraun und der Ausdruck rotbraun.

Pirna. Der Landesverband Sächsischer Geflügelzüchtervereine hat die Durchführung der Landesverbands-Kreisschau 1923 dem Geflügelzüchterverein Pirna übertragen. Die Ausstellung findet vom 20. bis 22. Januar 1923 in den Lannensalen statt. Mit der Ausstellung, die viele auswärtige Züchter nach Pirna führen wird ist die alljährliche Hauptversammlung des Landesverbandes Sächsischer Geflügelzüchtervereine verbunden. Diese wird Sonntag den 21. Januar stattfinden.

Schnitz. Ueberaus guter Geschäftsgang herrscht gegenwärtig in der gesamten Blumenindustrie. Namentlich die Sächsischer Blumenindustrie, die schon vor dem Kriege große Auslandslieferungen hatte, steht zurzeit im Zeichen außerordentlicher Hochkonjunktur. Einen Maßstab dafür bietet der Post-Auslandsverkehr, der in den letzten Wochen immer mehr an Schwund und in den Tagen vor dem Osterfest seinen Höhepunkt erreichte. Ungeheure Mengen von Paketen, die hauptsächlich nach England und Amerika gingen, und deren Zahl oft die Tausend überschritt, wurden an einem einzigen Tage aufgefördert.

Kamenz. Ein noch nie dagewesenes Angebot in jungen Gänzen, sogenannten Kriescheln, hatte der Wochenmarkt am Donnerstag aufzuweisen. Die Schar der Verkäufer und Käufer war so zahlreich, daß nicht allein die Kirchstraße, sondern auch ein großer Teil der Herrenstraße von einer dichten Menschenmenge gefüllt war. Die Preise bewegten sich zwischen 70 bis 140 M.

Bauern. Dem Obstbau soll im Bauhner Bezirk mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. Der Bezirksausschuß befaßte sich mit der Frage der Anstellung eines Obstbauwirts. Es sollen auf der Bauhner Obst- und Gartenbauschule Leute ausgebildet werden, die sich die Förderung des Obstbaues besonders angelegen sein lassen.

Böbau. Gegen den Warenverkauf an Ausländer wendet sich eine Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Böbau, in der es heißt: Handelstreibende, die Gegenstände des täglichen Bedarfs (Nahrungsmittel, Bekleidungsgegenstände u. dergl.) an Personen verkaufen, von denen sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie diese Waren verbotswidrig über die deutsche Grenze ausführen, wird von der Amtshauptmannschaft wegen Unzuverlässigkeit der weitere Betrieb des Handelsgewerbes untersagt werden. In Zweifelsfällen hat sich der Handelstreibende den Wohnungsmeldeschein oder einen anderen Ausweis von dem Käufer vorlegen zu lassen. Erlaubt ist die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs nur in ganz geringfügigem Umfange, worüber die Zollbehörden Auskunft erteilen werden. Die Gendarmen und die Gemeindebehörden des Bezirks werden angewiesen, die Handelstreibenden und die Besucher von Geschäften einer geeigneten Beaufsichtigung nach dieser Richtung zu unterziehen und zu Zwiderhandlungen der erwähnten Art unrnachtsmäßig der Amtshauptmannschaft anzuzeigen.

Böbau. Einen recht aktuellen Grund gab hier ein im Stadtmern wohnender Fortbildungsschüler an, als er seinen Lehrer um Urlaub bat. Er sagte, er möchte zu seiner „Braut“ fahren, die in diesen Tagen Mutterfreunden entgegenstehe. Seine Aufgabe hat sich als richtig erwiesen.

Jittau. Zur Abperrung der Grenze, resp. zur besseren Kontrolle des Grenzverkehrs sind jetzt eine Reihe von großen sächsischen Ortschaften an der tschecho-slowakischen Grenze mit Abteilungen der Landespolizei in Stärke von etwa 20 Mann belegt worden. Mit dieser Maßnahme kommt die sächsische Regierung einem vielfach von den Grenzwohnern gehegten Wunsche um Hilfe gegen den Ausverkauf besonders von Lebensmitteln in den sächsischen Grenzortschaften entgegen.

Falkenstein. Die neuerdings, und zwar rückwirkend vom 1. Juli 1920 ab, im Bezirk zur Erhebung kommende Maschinensteuer erregt in den Kreisen der Gewerbetreibenden und Industriellen großen Unwillen. Wie verlautet, will man gegen sie energisch protestieren.

Delsnig i. B. Für das Sattler- und Tapezierergewerbe soll hier eine Zwangsinnung errichtet werden. Sie erstreckt

sich auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Delsnig i. B. Ihr Sitz ist Delsnig i. B.

Planen i. V. Der Geburtenrückgang während des ersten Kriegsjahres macht sich jetzt in unserer Stadt dadurch geltend, daß heuer zu Ostern nur 1182 Kinder zur Schule angemeldet sind gegen 2099 im Vorjahre. — Laut Feststellung der hiesigen Nahrungsmittelkontrolle war der Prozentsatz minderwertiger Milch bei den Untersuchungen so groß, daß auf ein Jahr umgerechnet, die Bevölkerung rund 700 000 M. zuviel für nicht vollwertige Milch bezahlt. Ganz gewiß eine stattliche Summe.

Volkswirtschaft.

Abzlagszahlungen für enteignete Konzeptionen. Rechte und Beteiligungen Deutscher an öffentlichen Unternehmen in Rußland, China, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei und den ehemals reichsdeutschen Gebieten, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens, sind in Berlin W. 35, Potsdamer Str. 122 a b, Stelle für ausländische Wertpapiere, zu beantragen. Als Abzlagszahlung können 75 Prozent des Wertes gewährt werden, den die enteigneten Werte am 25. Juli 1914 in deutscher Währung gehabt haben. War ihr Wert in Reichsmark am 25. Januar 1922 niedriger als am 25. Juli 1914, so ist der erstere Wert für die Berechnung der Abzlagszahlung maßgebend. Hat ihr Wert in Reichsmark seit dem 25. Juli 1914 dagegen eine außerordentliche Kurssteigerung erfahren, so ist die Stelle für ausländische Wertpapiere ermächtigt, mit Genehmigung des Reichsministers für Wiederaufbau eine Erhöhung der Abzlagszahlung vorzunehmen.

Ueber eine Billion Mark Postfischekumsatz. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß im Jahre 1921 die Zahl der Postfischkunden von 622 343 Ende 1920 auf 759 830 Ende 1921 gestiegen ist. Der Umsatz hat sich auf eine Billion Mark belaufen und diesen Betrag sogar noch um rund 200 Milliarden Mark überschritten. Gegen das Vorjahr betrug er 510 Milliarden Mark oder 75 Prozent mehr. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr sind 999 Milliarden Mark oder 83,7 Prozent des Gesamtumsatzes beglichen worden. Das Guthaben hat von 7,6 Milliarden Mark Ende 1920 um 4,3 Milliarden Mark auf 11,8 Milliarden Mark Ende 1921 zugenommen. Die Gesamteinnahme aus dem Postfischverkehr betrug 477 Millionen Mark.

Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Produktienhandel wurde beherrscht durch die Nachrichten von der Konferenz in Genua, die aber kaum eine stärkere Anregung haben, da man bezüglich der Folgen des wirtschaftlichen Uebereinkommens zwischen Deutschland und Rußland noch nicht klar sah und angelegte Pläne über eine Stabilisierung der Mark auch noch keine bestimmte Grundlage zeigten. Die Freigabe des Wehlimports hat kaum sonderlich große Abschlüsse fremder Ware trotz des reichlichen Angebotes und der teilweise rentablen Forderungen veranlaßt, weil der Absatz von Weizenmehl im Lande durchaus unbefriedigend geworden ist, nachdem die zweite Hand in der Sorge wegen des Weizenmehrs des Auslandsmaterials mit ihren Vorräten überall stärker und billiger herausgekommen ist, als die Mühlen auf Grund der Preise des Rohmaterials zu liefern vermögen. Infolgedessen zeigte sich auch für Weizen sehr schwache Kaufbegehr, und es machte deshalb auf dem Markte feinerlei Eindruck, daß die inländischen Angebote nach wie vor ziemlich geringfügig blieben. Schwieriger war die Lage des Roggengeschäfts, und zwar ist es auch hierbei der außerordentlich schwerfällige Absatz des Mehls, der die Geschäftslage unter Trud hält. Im Getreidengeschäft blieb es sehr still. Der Verkehr in Mais war wie jede andere Getreideart von den Devisen abhängig und zeigte das getreue Spiegelbild ihrer Schwankungen.

Berlin, 22. April. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Roggen Märktischer 525-530, Sommergerste 640-650, Hafer Märktischer 560 bis 668, Mais April 420-415, Weizenmehl (100 Kilo) 1800-1950, Roggenmehl (100 Kilo) 1250-1350, Weizenmehl 400-410, Roggenkleie 420-425, Raps 1000-1020, Vitoriaerbsen 620-630, Kleine Speiseerbsen 550-575, Futtererbsen 500-520, Lupinen blaue 540-570, Lupinen gelbe 750-785, Erbsen neue 1300-1350, Bohnenfleisch 425-450, Trockenbohnen 385-400. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 115-128, drahtgepreßtes Falterstroh 118-128, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 95-115, Stroh 132-138, handelsübliches Heu 190 bis 198, gutes Heu 210-230 Mark.

Berlin, 22. April. (Schlachtbiermarkt.) Auf dem Zentralviehhof: 2183 Rinder, 1456 Kälber, 3485 Schafe und 5279 Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Rinder: 12-26, Kälber: 16-34, Schafe: 11,50-25, Schweine: 27-34 Mark. Das Geschäft war fest.

Scherz und Ernst.

Obigatorischer Esperanto-Unterricht in den Schulen. Die in Genf tagende internationale Konferenz für den Esperanto-Unterricht in den Schulen sagte eine Entschiedenheit, in der die Regierungen ersucht werden, den Esperanto-Unterricht in den Schulen für obligatorisch zu erklären, da sich daraus bessere Ergebnisse erzielen ließen als aus dem fakultativen Unterricht.

Die Einstellung Schwerbeschädigter. Eine neue Verfügung des preussischen Ministers des Innern weist darauf hin, daß die Einstellung von Schwerbeschädigten bei Verwaltungsämtern und sonstigen Behörden in erfreulicher Anzahl erfolgt sei und daß zwischen freiwilligen Wehrleistungen und der nicht voll durchgeführten Einstellungspflicht, die sich an anderen Stellen auf Grund der örtlichen Verhältnisse ergeben habe, ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Um ein möglichst vorzügliches Arbeiten des Staates auf

diesem Gebiete zu erzielen, gibt der Minister folgende Gesichtspunkte bekannt: Für den Bereich jedes Regierungsbezirks ist ein besonders sozial interessierter Begehrter zum Kommissar für die Einstellung Schwerbeschädigter zu bestellen, der in unmittelbarer, persönlicher Fühlungnahme mit der Hauptfürsorgestelle die Einstellung Schwerbeschädigter bearbeitet. Neue Stellen dürfen nicht geschaffen werden; jedoch ist bei einer Neubefugung zu prüfen, ob nicht ein Schwerbeschädigter in einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Weise verwandt werden könne. Weibliches Personal ist unter diesen Gesichtspunkten — selbstverständlich unter Vermeidung von Härten und unter Berücksichtigung der individuellen sozialen Verhältnisse — zu entlassen.

Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben den Beschluß gefaßt, gleichzeitig sämtliche Arbeitnehmer auszusperrern. — In den Streit getreten sind infolge Lohnunterschieden die Kohlenarbeiter im Wormser Hafen. Die übrigen Hafenarbeiter haben beschlossen, sich dem Streit anzuschließen. Die ankommenden Kohlenfahrzeuge konnten nicht entladen werden.

Optiker Ruhnke tödlich verunglückt. Der Fabrikbesitzer Karl Ruhnke aus Berlin, der durch seine im ganzen Reich verzweigten optischen Geschäfte bekannt ist, verunglückte mit seinem Direktor Stumpf auf einer Autofahrt zwischen Burg bei Magdeburg und Schermen tödlich. Ruhnke hatte in Magdeburg die 32. Filiale seines optischen Instituts eingerichtet und befand sich in Begleitung des Direktors und eines Kunstmalers auf der Rückreise nach Berlin. Infolge Versagens der Steuerung fuhr das Auto mit voller Gewalt in den Strangengraben, wo es sich überschlug. Ruhnke und Stumpf waren auf der Stelle tot. Der Kunstmaler erlitt einen Nervenschod. Der Kraftwagenführer kam mit leichteren Verletzungen davon.

Die oberdeutsche Interalliierte Kommission gegen Wucherer. Die Interalliierte Kommission in Dpeln erklärt in einer amtlichen Mitteilung, daß die gegenwärtige Teuerung auf wucherische Handlungen der Kaufleute zurückzuführen sei. Die Interalliierte Kommission hat beschloffen, gegen die Wucherer und Schieber scharf vorzugehen. Sie hat die Preiskontrolleure angewiesen, unverzüglich die nötigen Strafmaßnahmen zu ergreifen. Am Schluß der amtlichen Mitteilung wird die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert.

Das Armenierattentat in Berlin ist noch nicht völlig aufgeklärt. In Leipzig wurden zwei Armenier verhaftet, die der Teilnahme an der Ermordung der beiden Tärken dringend verdächtig sind. Es handelt sich um die Hochschüler Suren Berberian und Daniel Ulanoff. Beide reisten gerade an den Osterfeiertagen aus Leipzig ab. Berberian hatte einen Brief aus Berlin erhalten, der ihn plötzlich dorthin gerufen hatte. Die Verhafteten wollen ihre Angehörigen in Berlin besucht haben, um mit ihnen gemeinsam das armenische Osterfest zu feiern. Bilder der beiden Armenier wurden der Witwe Talaat Paschas und der Witwe Frau, die die Täter gesehen haben, vorgelegt. Beide glauben in Berberian einen der Täter bestimmt wiederzuerkennen. Nach Ansicht der Witwe Talaat Paschas ist Berberian der Mann, der sie am Mantel gefaßt und zurückgerissen hat. Bei der Vernehmung der Verhafteten in Leipzig führten sie einen Unbilden, der jedoch sehr lächerhaft ist.

Das Stendaler Gymnasium eingeeisert. Das humanistische Gymnasium in Stendal ist fast vollständig durch ein großes Feuer zerstört worden. Auf dem Dach der Schule waren Arbeiter mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt und dabei müssen Kohlenstücke in die Kugen der Diele des Daches gefallen sein. Einige Stunden später bemerkte man Feuer. Die Feuerwehr konnte nichts ausrichten, da der gesamte Dachstuhl in hellen Flammen stand. Der Witzelbau mit der schönen Aula und der darin befindlichen Orgel fiel dem Feuer zum Opfer. Auch das Physikzimmer und der Rechenaal wurden vollständig zerstört. Ebenso ist die Bibliothek stark beschädigt worden. Der Schaden beläuft sich auf etwa drei Millionen Mark.

Sakelbrand in Zimmern. In Halborg entstand in einem Badhause am Däsen ein Brand, welcher durch Ueberspringen auf verschleierte andere Lagerhäuser sowie Holz- und Kohlenlager sich zu einem Großfeuer entwickelte. Der Schaden wird auf zehn Millionen Kronen geschätzt.

Belgische Falschmünzer. Eine Bande von 18 Belgiern, die sich mit der Herstellung von 1000-Franc-Scheinen beschäftigte, wurde von der Polizei in Brüssel verhaftet. Ein großer Teil ihrer Fälschungen wurde in Deutschland ausgegeben.

Veranbung eines französischen Postzuges. In Südfrankreich wurde der von der Hafenstadt Marseille nach der Riviera fahrende Postzug in einem Tunnel von zwei mit Revolvern bewaffneten Banditen überfallen, die den Zugführer mit vorgehaltener Waffe zwangen, ihnen eine Kiste mit 220 000 Franken in bar auszuliefern, worauf sie verschwanden.

Zusammenstoß amerikanischer Marineflugzeuge. Ein folgenschweres Fliegerunglück hat sich im amerikanischen Staat Maryland ereignet. Zwei Apparate bemannt mit Offizieren und Mannschaften der amerikanischen Marine, die ein Übungsfliegengefecht ausführten, gerieten mit den Tragflächen ineinander, stürzten herab und zerschellten auf dem Boden. Drei Offiziere und zwei Marinemechaniker fanden dabei den Tod.

Die Kaiserin Auguste Viktoria unter kaiserlichen Flagge. Auf Grund des Barlollan Vertrages

